

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen
am Dienstag, **27.11.2007**, 17:05 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

SprecherInnen und stellvertretende SprecherInnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Herr Alex Engels, Herr Wulf Greiling bis 20.20 Uhr, Frau Beate Holstein bis 19.45 Uhr, Frau Dr. Ursula Hoppe, Herr Klaus Katzer (Vertretung für Herrn Rolf Weckesser), Herr Oliver Knocke, Herr Otmar Knüvener, Frau Sabine Kollmann (Vertretung für Frau Elisabeth Wibben), Frau Bettina Merschieve (Vertretung für Herrn Roters-Rüskamp ab 19.45 Uhr), Frau Angela Möllers, Frau Maria Pinke, Herr Andreas Roters-Rüskamp bis 19.45, Herr Franz-Josef Sauer,

von der Seniorenvertretung Münster

Herr Heinz Hakenes,

von der CDU-Fraktion

Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Frau Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Brigitte von Schoenebeck,

von der FDP-Fraktion

Herr Matthias Gruber,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Elmar Niewöhner,

von der Verwaltung

Frau Christine Adams, Herr Rolf Finke, Herr Dr. Eckhardt Gollmer, Frau Gabriele Rickert, Herr Thomas Schulze auf'm Hofe, Frau Anja Stehling, Herr Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Frau Doris Rüter,

Referent

Herr Torsten Tegge, LWL

Es fehlten:

Herr Ulrich Hohenbrink, Frau Gabriele Markerth, Herr Rolf Weckesser, Frau Elisabeth Wibben

zusätzlich anwesende stellvertretende Mitglieder

Frau Maria Albrecht (18.15 bis 19.35 Uhr), Frau Gisela Holtz (bis 18.50 Uhr), Herr Michael Geuckler (bis 19.15 Uhr), Herr Reinhold Krüskemper, Herr Burkhard Leydag (ab 18.00 Uhr), Frau Margret Reers, Herr Paul Rudnick, Frau Sigrid Schneider

Gäste aus den Vereinen, Selbsthilfegruppen und Einrichtungen

Frau Gerda Benien und Praktikantin (Kinderschutzbund); J. Buddendiek und J. Hensel (Selbsthilfegruppe Osteoporose Münster); Herr Dr. Jens Clausen (ESPA); Herr Rolf Dammeyer (LWL-Wohnverbund Münster); Frau Fanzis Deitmer (Behindertensport Münster); Frau Ursula Engelbertz, Herr Heiner Kratzer (VdK); Frau Gerti Engels (Begleitung von Herrn Engels); Frau Jutta Ernsting (Haus vom Guten Hirten); Frau Rosemarie Flecke, Frau Martina Wolff (Münsterlandschule); Frau Sabine Gebbert (Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG), Ortsvereinigung Münster); Frau Gerda Fockenbrock, Herr Dietmar Gutt, Frau Petra Plieth, Herr Henning Schlüter (Westfalenfleiß gGmbH), Herr Josef Huesmann und Frau Janine Siepmann, Ambulante Dienste e.V.; Frau Katrin Jacob und Frau Mechthild Kuch, ASB Münster; Frau Anna-Maria Koolwaay (Deutscher Schwerhörigenbund, Ortsverein Münster); Frau Sabine Ophaelders (Stift Tilbeck, Familienunterstützender Dienst); Herr Johannes Wieners (Lernen fördern e.V. Münster); Frau Gudrun Wübbels und Kollege, Agentur für Arbeit Münster

GebärdensprachdolmetscherInnen

Frau Marja Hummert, Herr Matthias Sündermann

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|-----|---|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. | Das Persönliche Budget - eine neue Leistungsform zur Teilhabe und Rehabilitation für behinderte Menschen |
| <u>V/0984/2007</u>
I | 4. | Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung |
| | 5. | Berichte aus den Arbeitsgruppen der Kommission und Austausch mit den Vereinen und Verbänden |
| <u>V/0745/2007</u>
V | 6. | Struktur der zukünftigen kommunalen Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung in Münster |
| <u>V/0956/2007</u>
V | 7. | Bericht über Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch |
| | 8. | "Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen" –
<u>V/0764/2007,V</u> |
| | 9. | Antrag der KIB zum Rödl-Gutachten - Hinweise zur Beratung der im Antrag genannten Maßnahmen |
| | 10. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 11. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung****Punkt 2 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen****2.1 Verpflichtung neuer Mitglieder der KIB**

Frau Koch verpflichtete Herrn Niewöhner, neues Mitglied für die Fraktion UWG-MS-ödp und Herrn Rudnick (stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe 2).

2.2 Termine der KIB 2008

Die KIB-Mitglieder haben eine Übersicht über die geplanten KIB-Termine für 2008 erhalten. Diese Übersicht lag zur Mitnahme auch für die Vertreterinnen und Vertreter der Vereine und Verbände aus. Es ist zu beachten, dass sich sowohl Termine als auch der Sitzungsort ändern können. Interessierte werden daher gebeten, ca. 2 Wochen vor der Sitzung bei Frau Rüter nachzufragen, ob die Sitzung stattfindet.

2.3 Hinweise zur Umsetzung von Anregungen der KIB und der Arbeitsgruppen

Reise mit AIDA Cruises – Teilnahme von gehörlosen Menschen: Anfrage von Herrn Katzer in der Sitzung am 05.06.2007

Ein Mitarbeiter von AIDA Cruises hat sich inzwischen bei Frau Rüter gemeldet und mitgeteilt, dass zurzeit aus Sicherheitsgründen keine Möglichkeit gesehen wird, gehörlosen Menschen eine Teilnahme an einer Kreuzfahrt zu ermöglichen, wenn sie ohne hörende Begleitung reisen. Frau Rüter hat empfohlen, zu dem Thema mit dem Deutschen Gehörlosenbund zusammenzuarbeiten und nach einer Lösung zu suchen. Herr Katzer und Frau Rüter verständigten sich darauf, dass Frau Rüter den Deutschen Gehörlosenbund über das Thema informiert.

Umbau des LWL-Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte

Die KIB hatte in ihrer Sitzung am 16.08.2007 angeregt, dass die Planungen in der nächsten Sitzung der KIB vorgestellt werden. Der LWL wird die Planungen mit den landesweit tätigen Verbänden abstimmen. Die Sprecherin der AG Freizeit, Kultur, Sport und Weiterbildung der KIB sowie ihre Stellvertreterin und Frau Stehling von der städtischen Koordinierungsstelle für Behindertenfragen konnten an dem ersten Abstimmungsgespräch teilnehmen.

Münsteraner Stadtrundfahrten

Der Betreiber hat angeboten, bei Bedarf für Gruppen von RollstuhlfahrerInnen Fahrten mit einem Bus der Stadtwerke zu organisieren. Dies ist ein Kompromiss – RollstuhlfahrerInnen können damit nicht individuell an einer Rundfahrt teilnehmen.

Umgestaltung der Behindertenrampe am Durchgang zwischen Klemensstraße und Platz des Westfälischen Friedens

Das Amt für Gebäudemanagement hat mitgeteilt, dass die Arbeiten an der Rampe aus Zeitgründen (Weihnachtsmarkt) nicht mehr in diesem Jahr durchgeführt werden konnten. Die Verbreiterung der Rampe sowie die Verlängerung des Handlaufs in Richtung Platz des Westfälischen Friedens sollen im Frühjahr 2008 erfolgen.

Barrierefreie Gestaltung der Bäder

Die AG Barrierefreie Bäder hat sich mit den Planungen für die Hallenbäder in Hilstrup, Wolbeck und Kinderhaus beschäftigt. Die Beschlussvorlage dazu soll auch in der KIB beraten werden. Die AG wird bei ihrem nächsten Treffen einen Ortstermin im bereits sanierten Hallenbad Roxel durchführen.

Barrierefreie Toiletten

Die Beschlussvorlage an den Rat „Konzeption zur Bewirtschaftung und Unterhaltung der öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtbezirk Münster“ (V/0650/2007) wurde am 25.09.2007 in der AG Stadtplanung und Verkehr der KIB beraten. In der Ergänzungsvorlage zu der Vorlage wird auf die Anregungen der AG hingewiesen.

2.4 LWL-Modellprojekt „Förderung von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren“

An dem Projekt werden in Westfalen-Lippe im Kindergartenjahr 2007/2008 voraussichtlich ca. 60 Kinder teilnehmen, darunter zwei Kinder aus Münster.

2.5 Bezeichnung der örtlichen Fürsorgestelle

Durch das 2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in NRW wurde auch die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch IX geändert. Das Wort Fürsorgestellen wurde durch das Wort „Träger“ ersetzt.

Die Leiterinnen und Leiter der örtlichen Fürsorgestellen im Bereich des LWL haben sich auf der Leitertagung am 26.11.2007 auf die Bezeichnung „Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf“ geeinigt. Die Stadt Münster wird diesen Vorschlag umsetzen. Die Fürsorgestelle heißt zukünftig „Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf“. Sie ist weiter ein Teil der Fachstelle „Hilfen für Menschen mit Behinderungen“.

2.6 Projekt „Unser Familientagebuch“ der Aktion Mensch

Im Rahmen des Projektes „Unser Familientagebuch“ ruft die Aktion Mensch gemeinsam mit dem Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben, zu einem Schreibwettbewerb auf. Weitere Informationen dazu gibt es im Internet unter www.diegesellschaft.de oder www.bvkm.de.

2.7 Veröffentlichungen

Frau Rüter wies auf die ausgelegten Broschüren hin, insbesondere auf die Neuauflage der Broschüre des LWL „Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben und Nachteilsausgleiche“ (Stand Juni 2007) und die Broschüren zum Persönlichen Budget.

Die Broschüre des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie die Broschüre der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zum Persönlichen Budget enthalten auch eine Fassung in leichter Sprache.

Die Broschüren zum Persönlichen Budget gibt es auch als Download unter www.budget.bmas.de.

2.8 Veranstaltungen und Termine

Zugvogel und die Frauenforschungsstelle Münster bieten Stadtrundgänge in leichter Sprache zum Thema „Wie Frauen früher lebten“ an.

Zugvogel führt das Projekt „Ey, bist du behindert“ durch. Die KIB-Mitglieder und Gäste werden gebeten, Kinder- und Jugendgruppen auf dieses Projekt hinzuweisen.

Unter dem Motto „Ganz Münster wartet“ findet am 09.12.2007 eine neue Nikolausaktion statt, das „Niko-Event“. Sie wird von Westfalenfleiß in Kooperation mit vielen anderen Organisationen durchgeführt. Nähere Informationen ergeben sich aus den ausgelegten Faltblättern.

Punkt 3 der Tagesordnung

Das Persönliche Budget - eine neue Leistungsform zur Teilhabe und Rehabilitation für behinderte Menschen

Herr Torsten Tegge, Mitarbeiter der Abteilung Behindertenhilfe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), informierte über das Persönliche Budget und die Einführung dieser neuen Leistungsform in Westfalen-Lippe. Die Folien seiner Präsentation sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Im Folgenden ging Herr Tegge auf die Fragen der KIB-Mitglieder und Gäste ein. Es wurden u.a. folgende Aspekte angesprochen:

Es ist vorgesehen, dass eine kostenlose Beratung zum Persönlichen Budget bei allen Leistungsträgern sowie in den Servicestellen erfolgen kann. Es gibt in Münster bisher keine trägerunabhängigen Beratungsmöglichkeiten.

Zu den Kosten für die Budgetberatung und Budgetassistenz gehen die Auffassungen von Kostenträgern und Behindertenverbänden auseinander. Die Kostenträger gehen davon aus, dass die Kosten für die Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets aus dem Budget zu decken sind und nicht zusätzlich übernommen werden.

Frau von Schoenebeck erkundigte sich danach, welche Schritte die Stadt Münster bisher unternommen hat, um das Persönliche Budget bekannt zu machen. Dazu teilte Herr Willamowski mit, dass eine Information in die Internetseite des Sozialamtes eingestellt wurde (www.muenster.de/stadt/sozialamt, dort unter Menschen mit Behinderungen) und ferner eine schriftliche Information für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes

erstellt wurde.

Der LWL wird in Kürze ein Faltblatt zum Persönlichen Budget herausgeben.

Herr Geuckler wies darauf hin, dass das Persönliche Budget behinderten Menschen insbesondere dann eine Chance bietet, wenn sie selbst aktiv werden und sich ein passendes Angebot suchen können, das auch außerhalb der bisher üblichen Angebote liegt (z.B. Arbeitsstelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt statt Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen).

Punkt 4 der Tagesordnung V/0984/2007

Kommunalisierung der Versorgungs- verwaltung

Herr Willamowski informierte über die zukünftige Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Schwerbehindertenausweise durch die Stadt Münster. Es ist ein nahtloser Übergang der Aufgabenwahrnehmung geplant, wobei Schwierigkeiten in der Umstellungsphase nicht vollständig ausgeschlossen werden können. Eine Information, wie die neue Fachstelle „Schwerbehindertenausweise“ des Sozialamtes erreicht werden kann, ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Im Folgenden beantwortete Herr Willamowski Fragen der Mitglieder.

Die Stadt Münster führt die Aufgabenwahrnehmung als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung aus. Widersprüche werden von der Bezirksregierung bearbeitet, bei Stellungnahmen zu Klagen ist die Stadt Münster zuständig.

Die bisherige Software der Versorgungsverwaltung wird übernommen.

Bei der Bearbeitung von Anträgen von Beschäftigten der Stadt Münster werden enge Maßstäbe an den Datenschutz angelegt.

Einige Mitglieder der KIB wiesen darauf hin, dass ärztliche Begutachtungen im Rahmen des Schwerbehindertenrechts und ärztliche Begutachtungen im Rahmen des Beamtenrechts getrennt voneinander wahrgenommen werden sollten.

Die KIB stimmte dem Beschlussvorschlag zu (2 Enthaltungen) und empfahl dem Hauptausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass entsprechend dem am 24.10.2007 vom Landtag beschlossenen „2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen“ die Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) sowie die Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX) im Bereich des Stadtgebietes Münster zum 01.01.2008 vom Versorgungsamt Münster auf die Stadt Münster übergehen. Die bisher von der Stadt wahrgenommene Aufgabe der Kriegsofferfürsorge geht zu diesem Zeitpunkt auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe über.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Aufgaben nach dem BEEG zukünftig durch das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wahrgenommen werden.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Aufgaben nach dem Feststellungsverfahren im Schwerbehindertenrecht (SGB IX) zukünftig vom Sozialamt und vom Gesundheitsamt (ärztlicher Dienst) wahrgenommen werden.
4. Es wird beschlossen, für die von der Versorgungsverwaltung zu übernehmenden Beamten zum Stellenplan 2008 insgesamt 9,0 Planstellen einzurichten.
5. Es wird beschlossen, zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des ärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes eine 0,66 Planstelle zum Stellenplan 2008 einzurichten.

II. Kosten / Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Gesetzesmaßnahme des Landes in den Jahren 2008 und 2009 ein zusätzlicher Aufwand von jeweils rund 30.000 Euro entsteht; ab dem Jahr 2010 wird ein zusätzlicher jährlicher Aufwand in Höhe von rund 87.000 Euro erwartet.

III. Mittelbereitstellung/Finanzierung:

Die Verwaltung wird zu den Etatberatungen Veränderungsblätter vorlegen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen der Kommission und Austausch mit den Vereinen und Verbänden

Die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen berichteten kurz über die Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2007.

Arbeitsgruppe 1

Schwerpunktt Themen waren der gemeinsame Unterricht in der Sekundarstufe I und Freizeitangebote, insbesondere integrative Angebote. Ferner wurde zur beruflichen Situation junger behinderter Menschen eine gemeinsame Sitzung mit der AG 3 durchgeführt. Frau Pinke stellte auch kurz die Arbeit des Vereins SeHT (Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen) vor.

Herr Geuckler informierte, dass Frau Pinke und er mit der Schuldezernentin und Mitarbeitern des Schulamtes über gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I gesprochen haben und davon ausgehen, dass voraussichtlich im nächsten Schuljahr in einer Schule in Münster mit diesem Angebot begonnen wird.

Arbeitsgruppe 2

Die AG hat sich mit der Frage beschäftigt, wie der Brandschutz für behinderte Menschen verbessert werden kann und dazu mehrere Gespräche mit Vertretern der Feuerwehr und des Bauordnungsamtes geführt. Ein weiteres Schwerpunktthema waren die Stadtteilstrukturen für die Versorgung von Menschen mit Behinderungen, u.a. für die Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankungen.

Das Protokoll der Sitzung vom 10.09.2007 wurde mit der Einladung verschickt. Herr Knüvener wies auf die nächste Sitzung der AG am 05.12.2007 hin. Das Protokoll wird mit der Niederschrift der KIB verschickt.

Arbeitsgruppe 3

Herr Sauer berichtete von der gemeinsamen Sitzung mit der AG 1 zur beruflichen Situation junger behinderter Menschen sowie von der Sitzung im JAZ. In einer weiteren Sitzung der AG im Diakonischen Werk wurden das Equal-Projekt „Go! Unlimited – Menschen mit Behinderung machen sich selbständig“ und das Beratungs- und Unterstützungsangebot für sehbehinderte und blinde Menschen, das Mitarbeiter des LWL-Berufsförderungswerkes Soest bei Bedarf in Münster anbieten, vorgestellt. In der letzten Sitzung hat sich die AG mit den Chancen von Zeitarbeit für behinderte Menschen beschäftigt.

Die Protokolle der Sitzungen vom 13.09. und 23.11.2007 wurden bereits verschickt.

Arbeitsgruppe 4

Schwerpunktthema der AG 4 waren die skulptur projekte münster 2007. Ferner hat sich die AG über das LWL-Medienzentrum und die Planungen zum Umbau des LWL-Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte informiert. Aufgrund der überregionalen Bedeutung des Museums hört der LWL den Landesbehindertenrat zu den Planungen an. Frau Holstein berichtete, dass sie und Frau Faust für die AG 4 an dem Anhörungstermin teilgenommen haben. Zum Thema „Barrierefreie Gestaltung der Bäder“ arbeiten einige Mitglieder der AG in der AG „Barrierefreie Bäder“ mit.

Die nächste Sitzung der AG 4 wird am 12.12.2007 im Planetarium stattfinden. Das Protokoll wird mit der Niederschrift der KIB verschickt.

Arbeitsgruppe 5

Herr Greiling informierte, dass die AG 5 sich insbesondere mit folgenden Themen beschäftigt hat: Barrierefreie öffentliche Toilettenanlage der Wall AG, Planungen zur Theatergastronomie der Städtischen Bühnen, Installation einer akustischen Sprachansage an den Fahrgastinformationssystemen an Bushaltestellen, barrierefreie Gestaltung

des zukünftigen Gebäudes für das Sozialamt an der Hafenstraße 8, Konzeption zur Bewirtschaftung und Unterhaltung der öffentlichen Toilettenanlagen in Münster.

Die Protokolle der Sitzungen vom 25.09.2007 und 21.11.2007 wurden bereits verschickt.

Frau Gebbert, DMSG, berichtete, dass im neuen Ärztehaus am Evangelischen Krankenhaus eine Praxis nur über eine Stufe zu erreichen sei.

Um 19.15 Uhr unterbrach die Vorsitzende die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wurde um 19.25 Uhr fortgesetzt.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0745/2007

Struktur der zukünftigen kommunalen Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung in Münster

Frau Dr. Hoppe wies darauf hin, dass in der vorgesehenen Berichterstattung auch die Situation von Menschen mit einer geistigen Behinderung, die psychisch erkrankt sind, zu berücksichtigen ist. Frau von Schoenebeck regte an, in den Berichten auch Gender-Aspekte zu berücksichtigen.

Herr Dr. Gollmer stellte in Aussicht, diese beiden Aspekte aufzugreifen.

Im Folgenden schloss sich die KIB dem Beschlussvorschlag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung wie folgt zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt:

- a. die zukünftige kommunale Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung entsprechend dem als Anlage beigefügten Strukturvorschlag fortzuführen.
- b. den nächsten Basisbericht zur psychiatrischen Versorgung in Münster im 1. Halbjahr 2011 auf Grundlage der vorgeschlagenen Berichtsstruktur den politischen Gremien vorzulegen.
- c. die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen, wie in § 21 ÖGDG vorgesehen, in der Gesundheitskonferenz beraten bzw. beschließen zu lassen.
- d. im 4. Quartal 2008 den Bericht zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in Münster den politischen Gremien vorzulegen.

- e. im 4. Quartal 2009 dem ASGAf einen Zwischenbericht über die Entwicklung des Versorgungsangebotes für psychisch kranke Menschen in Münster vorzulegen.
- 2. Darüber hinaus wird die Verwaltung dem ASGAf in seinen Sitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ über „tagesaktuelle“ Geschehnisse im Aufgabengebiet des Gesundheitsamtes berichten.
- 3. Der als Anlage beigefügte Strukturvorschlag wird Bestandteil dieser Vorlage.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine weiteren Kosten oder Folgekosten.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0956/2007

Bericht über Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch

Frau Adams stellte die wesentlichen Inhalte der Vorlage vor.

Die AG 2 wird sich in ihren nächsten Sitzungen ausführlicher mit der Vorlage beschäftigen.

Frau Dr. Hoppe erkundigte sich, wie in Münster geprüft wird, ob eine ambulante Leistung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Dazu teilte Herr Willamowski mit, dass jeder einzelne Fall intensiv geprüft wird, wobei zunächst geklärt wird, ob eine stationäre Versorgung überhaupt zumutbar ist. Nur wenn dies der Fall ist, kann das Argument der Mehrkosten herangezogen werden.

Die KIB nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

"Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen" - V/0764/2007, V

Herr Schulze auf'm Hofe erläuterte die Vorlage.

Als Tischvorlage lag der Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Ratsfraktion vom 20.11.2007 vor. Er ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt. Herr Gruber erläuterte diesen Antrag.

Herr Willamowski regte an, im Antrag die Formulierung zu der „Kostenpflicht“ von Pflegebedürftigen, die keine Sozialhilfe erhalten, zu überprüfen und eher in Richtung eines Prüfauftrages für die Verwaltung auszugestalten. Die KIB verständigte sich u.a. mit

Blick auf diese Anmerkung darauf, nicht über den Antrag abzustimmen. Die KIB schloss sich aber der Intention des Antrages an.

Im Folgenden stimmte die KIB über den Antrag ab und schloss sich dem Beschlussvorschlag an (3 Enthaltungen).

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. im Rahmen einer ressort- und ämterübergreifenden Altenhilfe- und Pflegeplanung die Strukturen und Perspektiven in den Feldern
 - soziodemografische und infrastrukturelle Entwicklung,
 - Sicherung der Selbstbestimmung und Selbstständigkeit durch Hilfen zur Alltagsbewältigung und Grundversorgung,
 - Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement,
 - Angebote der offenen Altenarbeit im Kontext eines Zusammenlebens der Generationen,
 - Präventions-, Gesundheits- und Rehabilitationsangebote,
 - Wohnangebote, Haushaltsnahe Dienstleistungen und pflegerische Angebote,
 - Hilfen für besondere Bedarfsgruppen

auch unter geschlechtsspezifischen sowie (inter-)kulturellen Gesichtspunkten zu erfassen,
2. in den Folgejahren schrittweise im Rahmen der jährlichen Pflegeberichterstattung in einem Maßnahmenkatalog quartiers- und stadtteilbezogen für die genannten Themenfelder die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels aufzuzeigen,
3. das breite vorhandene Angebot an Begegnungsstätten, Beratungsleistungen, Hilfe und Dienstleistungen für hilfebedürftige, ältere und pflegebedürftige Menschen in eine vernetzte, abgestimmte sowie stadtteilorientierte Beratung und Einzelfallhilfe (Case und Care Management) weiter zu entwickeln,
4. in Beratungszusammenhängen mit Investoren, Projektentwicklern und Betreibern sowie im Case Management weiterhin die Zielsetzung „ambulant vor stationär“ zu verfolgen und in diesem Zusammenhang haushaltsnahe Dienstleistungen, weitergehende Serviceangebote sowie neue Wohnformen im Alter und bei Behinderung zu stärken,
5. im Zuge des als Referentenentwurf vorliegenden Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG) die neu aufgeworfenen Schnittstellen im Hinblick auf Zuständigkeit und Aufgaben zwischen Land, Kommunen und Trägern der Sozialen Pflegeversicherung zu prüfen und mit Blick auf das Verhältnis

zu den sonstigen Aufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge wie Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement, Altenhilfe sowie Eingliederungshilfe zu beachten,

6. den Aufbau von Arbeitskreisen „Altenhilfe“ sukzessive in allen münsteraner Stadtbezirken zu initiieren und zunächst modellhaft in zwei ausgewählten Stadtbezirken im 1. Quartal 2008 aufzubauen und zu erproben.
7. die innerstädtischen Strategien und Aktivitäten ressortübergreifend zu bündeln und weiter zu entwickeln.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die programmatischen Beschlussvorschläge zunächst keine Kosten und Folgekosten verursachen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der KIB zum Rödl-Gutachten - Hinweise zur Beratung der im Antrag genannten Maßnahmen

Frau Rüter erläuterte kurz die an die KIB-Mitglieder versandte Zusammenstellung vom 20.09.2007. Sie enthält Hinweise zur Beratung der im Antrag der KIB vom 07.12.2006 genannten Maßnahmen aus dem Abschlussbericht der Firma Rödl & Partner in den verschiedenen Fachausschüssen. Ferner wies Frau Rüter darauf hin, dass schriftliche Informationen über den Stand und die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vorgesehen seien.

Frau Gebbert (Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Ortsvereinigung Münster) erkundigte sich nach den Auswirkungen der Einsparungen im Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen und wies darauf hin, dass die Einführung der Eigenbeteiligung bei einigen behinderten Menschen zu einer deutlich geringeren Nutzung des Fahrdienstes geführt hat. Frau Rüter teilte mit, dass die Einsparung im Fahrdienst keine Maßnahme aus dem Rödl-Gutachten war und dass für 2008 eine Berichtsvorlage über die Entwicklung des Fahrdienstes seit der Einführung der Eigenbeteiligung vorgesehen ist.

Punkt 10 der Tagesordnung

Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist

Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen (AUB)

Herr Greiling berichtete über die Beratung der Beschlussvorlage zur Erweiterung des Schulgebäudes der Albert-Schweitzer-Schule in der Sitzung des AUB am 21.08.2007. Zu seiner Nachfrage zum Einbau eines Aufzuges wurde ihm mitgeteilt, dass in jedem Fall eine barrierefreie Erschließung des Obergeschosses durch einen Aufzug berücksichtigt wird. Inwieweit der Aufzug unmittelbar realisiert wird oder ob auch die Option einer Nachrüstung denkbar ist, wird noch geprüft.

Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft (ASSVW)

Herr Knüvener informierte, dass Herr Dr. Bonn und er in der Sitzung des ASSVW am 18.10.2007 eine Protokollerklärung zu den Münsteraner Stadtrundfahrten abgegeben haben. Sie haben in der Erklärung darauf hingewiesen, dass das Fahrzeug auch für RollstuhlfahrerInnen zugänglich sein sollte.

Gesundheitskonferenz Münster

Herr Knocke berichtete, dass in der Sitzung am 31.10.2007 u.a. das Demenz-Service-Zentrum im Clemens-Wallrath-Haus vorgestellt wurde.

Beirat der Arbeitsgemeinschaft Münster

Herr Sauer informierte, dass in der Sitzung am 30.08.2007 u.a. der Entwurf des Arbeitsmarktprogramms 2008 vorgestellt wurde.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Knocke wies darauf hin, dass es seit dem Umzug der miks in das Paritätische Zentrum im Gesundheitshaus weniger Räume für die Treffen von Selbsthilfegruppen gibt. Frau Gebbert von der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, Ortsvereinigung Münster (DMSG) teilte mit, dass bei der DMSG vermehrt Raumanfragen von Gruppen eingehen. Frau Rüter wurde gebeten, bei Herrn Espei vom Gesundheitshaus zu erfragen, ob den Selbsthilfegruppen im Gesundheitshaus nun weniger Räume zur Verfügung stehen (Hinweis: Herr Espei hat dazu mitgeteilt, dass die miks im Gesundheitshaus zwei Räume hatte, die für Treffen der Selbsthilfegruppen zur Verfügung standen. Diese Räume fehlen nun. Grundsätzlich ist es aber weiter möglich, dass sich Selbsthilfegruppen im Haus treffen, sofern Kapazitäten frei sind. Die Zusage für die Räume wird in der Regel jeweils für ein halbes Jahr erteilt).

Frau Koch teilte mit, dass ihre Firma (Untertitel-Werkstatt Münster GmbH) zurzeit Gebärdensprachvideos für Museen erstellt und sie sich auch dafür einsetzt, dass wichtige Informationen der Stadt Münster als Gebärdensprachvideo ins Internet gestellt werden.

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

gez.
Marianne Koch
Vorsitzende

gez.
Doris Rüter
Schriftführung